

Gewinner, Verlierer und Triebkräfte der Krise

GERALD OBERANSMAYR

Die jetzige Jahrhundertkrise kann nicht losgelöst gesehen werden vom Wegfall der kooperativen Rahmenbedingungen, die nach dem Zweiten Weltkrieg geschaffen wurden. Diese Entwicklung beginnt bereits mit

deutung. Denn gerade hier hatte sich im Schatten des so genannten Ost-West-Konflikts eine spezifische Konstellation herausgebildet: Machtpolitisch traten die Westeuropäer in die zweite Reihe, während sozialpolitisch eine dynamische

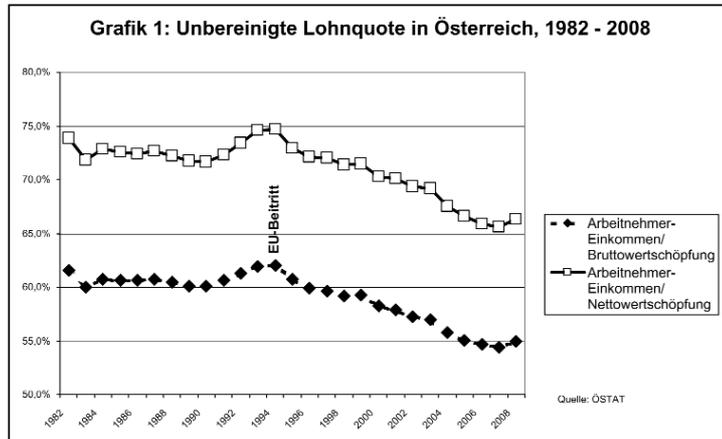
Entwicklung einsetzte, abgesichert durch ein hohes Maß an öffentlichem Eigentum, wirtschaftlichen Regulierungen und starke Gewerkschaften. Für die Machteliten Westeuropas, insbesondere Deutschlands,

Wachsende Ungleichverteilung zwischen Kapital und Arbeit

gezielte Klassenpolitik von oben. Denn sie bedeutet letztlich, dass die Starken stärker, die Schwachen schwächer und aus kleinen Unterschieden große werden. Die Zunahme von Ungleichheit nimmt rasant zu. Dieser Prozess soll im folgenden vorwiegend anhand der österreichischen Entwicklung seit dem EU-Beitritt nachgezeichnet werden.

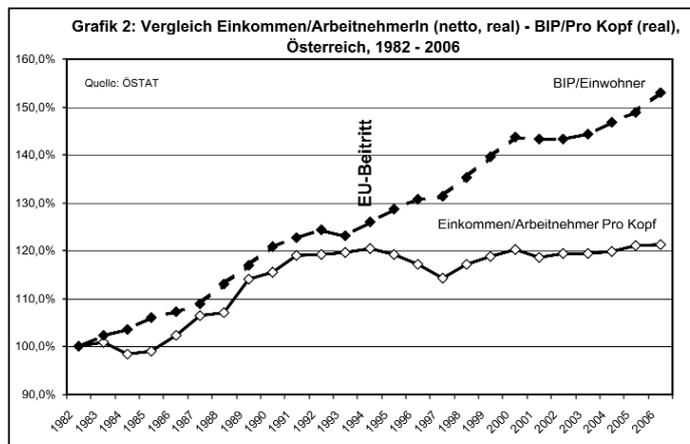
Die Großindustriellen haben die wachsende Arbeitslosigkeit und die kapitalfreundlichen Rahmenbedingungen seit dem EU-Beitritt zu einem gewaltigen Raubzug sowohl an den individuellen als auch an den kollektiven Löhnen und Gehältern (Sozialversicherung) genutzt. Während im Jahrzehnt vor dem EU-Beitritt diese Lohnquote nur leicht zurückging, ist sie seither richtiggehend abgestürzt (Grafik 1). Im Jahr 1995 betrug der Anteil der ArbeitnehmerInnen-Entgelte (Bruttolohn inkl. Sozialversicherung) 62% der Bruttowertschöpfung. Dieser Anteil ist bis 2008 auf rund 55% zurückgegangen¹. Die Gewinn-Einkommen sind spiegelbildlich von 38% auf 45% angestiegen. Anders ausgedrückt: Seit dem EU-Beitritt gibt es für die ArbeitnehmerInnen keine Reallohnsteigerungen mehr, obwohl das BIP pro Kopf der Bevölkerung nach wie vor deutlich zunimmt (Grafik 2). Gleichzeitig geht auch innerhalb der unselbstständig Beschäftigten die Schere immer weiter auseinander. Das unterste Quartil (25% verdienen weniger, 75% verdienen mehr) der ArbeitnehmerInnen verlor zwischen 1997 und 2006 über 12% (netto, real); das 1. Quartil der ArbeiterInnen stürzte in diesem Zeitraum gar um über 20% ab.

Noch extremere Klüfte zeigen sich innerhalb der Gewinneinkommen. Die gesamten Gewinneinkommen stiegen brutto im Zeitraum 1995 bis 2007 um 111% (zum Vergleich: ArbeitnehmerInnen-Einkommen +38%), die Einkommen der Selbstständigen um 73%, und die Ausschüttungen an die Aktionäre um sensationelle 299% (Grafik 3). Diese Entwicklung setzt sich auch im Krisenjahr 2008 fort, wie eine Studie der *Österreichischen Gesellschaft für Politikberatung und -entwicklung* zeigt, die die wirtschaftliche Entwicklung der an der Wiener Börse gehandelten Unternehmungen



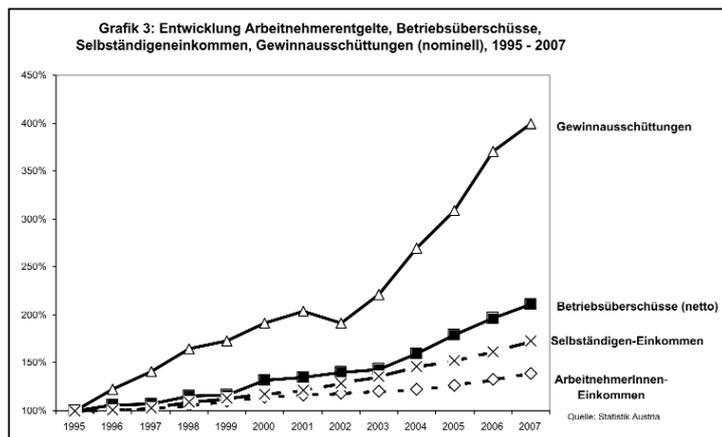
dem Zusammenbruch des Bretton-Woods-Abkommens Anfang der 1970er Jahre, bekommt aber einen Turboschub mit der Zeitwende 1989/90. Mit dem

öffnete die Wende 1989/90 die historische Chance, diese Entwicklung umzukehren, d.h. sich machtpolitisch wieder in die erste Reihe der Weltpolitik zu drängen und sozialpolitisch den Rückwärtsgang einzulegen. Um die teilweise erheblichen Widerstände in den einzelnen Nationalstaaten auszuhebeln, wurde und wird diese Entwicklung vor allem über die EU-Ebene vorangetrieben. Das unterste Quartil (25% verdienen weniger, 75% verdienen mehr) der ArbeitnehmerInnen verlor zwischen 1997



Wegfall der Systemalternative bricht die hemmungslose Konkurrenz innerhalb des verbliebenen Systems durch. Das hat vor allem für Westeuropa eine besondere Be-

munungslosen Konkurrenz wurde in härtesten politischen Beton, in das EU-Primärrecht, gegossen, wo es seit dem Maastricht-Vertrag heißt: Die EU-Staaten



Tab. 1: Entwicklung Mehrwertsteuer-/Gewinnsteuer-Sätze - EU-Staaten (1986/87 - 2006/07)

	MW-Steuersätze			Gewinnsteuer-Sätze		
	1987	2007	Veränderung	1986	2006	Veränderung
BRD	14,00%	19,00%	5,00%	56,00%	38,30%	-17,70%
Belgien	19,00%	21,00%	2,00%	45,00%	34,00%	-11,00%
Dänemark	22,00%	25,00%	3,00%	50,00%	28,00%	-22,00%
Frankreich	18,60%	19,60%	1,00%	45,00%	33,30%	-11,70%
GB	15,00%	17,50%	2,50%	35,00%	30,00%	-5,00%
Irland	25,00%	21,00%	-4,00%	40,00%	12,50%	-27,50%
Italien	18,00%	20,00%	2,00%	52,20%	37,25%	-9,10%
Niederlande	17,50%	19,00%	1,50%	42,00%	29,60%	-12,40%
Österreich	18,00%	20,00%	2,00%	55,00%	25,00%	-30,00%
Schweden	23,50%	25,00%	1,50%	52,00%	26,00%	-26,00%

Quelle: ATTAC

untersuchte². Im Zeitraum 2004 bis 2008 vervierfachten sich die Dividenden dieser ATX-Konzerne von 1,03 Mrd. auf fast vier Milliarden. Selbst im Krisenjahr 2008 wuchsen die Gewinnausschüttungen noch einmal kräftig, obwohl gleichzeitig die Gewinne bereits deutlich zurückgingen. Fazit: 2008 wurden sage und schreibe 93% der Gewinne der ATX-Unternehmen an die Aktionäre weitergereicht. Spitzenreiter ist dabei die teilprivatisierte Post AG, die in den letzten beiden Jahren 38% bzw. 42% mehr an Gewinn ausgeschüttet als erwirtschaftet hat. Gleichzeitig wurden hunderte Postämter geschlossen und der Kollektivvertrag für NeueinsteigerInnen um ein Drittel gesenkt.

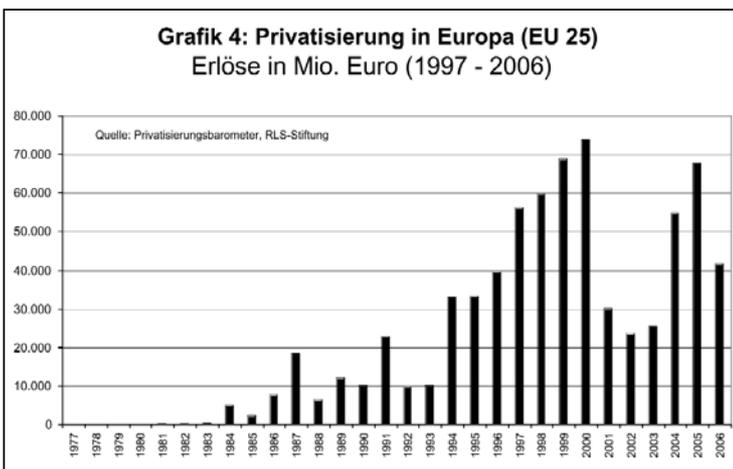
Austrocknung der öffentlichen Haushalte und Privatisierung

Eine wachsende Ungleichverteilung lässt sich auch auf der Ebene der Sekundärverteilung auf der Ebene der öffentlichen Haushalte erkennen. Mit der Entfaltung des EU-Binnenmarktregimes und der Liberalisierung des Kapitalverkehrs wird das Steuerdumping bei Kapital- und Gewinnsteuern vorangetrieben, während Massensteuern erhöht werden. Seit der Einführung des EU-Binnenmarktes sind faktisch in allen EU-Staaten die Gewinnsteuer gesenkt und die unsozialen Mehrwertsteuern angehoben worden (Tabelle 1). Wegbrechende Steuereinnahmen und das restriktive Korsett der Maastricht-Konvergenzkriterien lassen die öffentli-

chen Budgets austrocknen und bereiten damit den Boden für eine groß angelegte Privatisierungsoffensive. Im Raum der EU fanden im Zeitraum 1977 bis 2006 1.177 Privatisierungen mit einem Volumen von 708 Milliarden Euro statt – 95% davon seit Einführung des EU-Binnenmarktes, das sind die Hälfte aller globalen Privatisierungen in diesem Zeitraum³ (Grafik 4). Der damalige EU-Industriekommissar Bangemann hatte das Binnenmarkt-Projekt als das „größte Deregulierungsprogramm der Wirtschaftsgeschichte“ gerühmt. Auch in Österreich ist der Zusammenhang zwischen dem EU-Beitritt und der Zerschlagung der Verstaatlichten offensichtlich. Bereits im Avis der EU-Kommission zum bevorstehenden EG/EU-Beitritt Österreichs hatte die EU-Kommission den „hohen Staatsanteil“ in der österreichischen Wirtschaft gerügt. Die Machteliten beeilten sich, dieses Hindernis aus dem Weg zu räumen. Zwischen 1994 und 2005 wurde alleine im Rahmen der ÖIAG öffentliches Eigentum im Wert von zwölf Milliarden Euro privatisiert und damit die verstaatlichte Industrie faktisch zerschlagen.

Der große Raub

Wie stehen diese Entwicklungen nun im Zusammenhang mit der Wirtschaft- und Finanzkrise? Um diese Frage zu beantworten, hilft ein Rechenexempel weiter: Wir vergleichen, was die ArbeitnehmerInnen tatsächlich bekommen haben, mit dem was sie erhalten hätten, wenn die



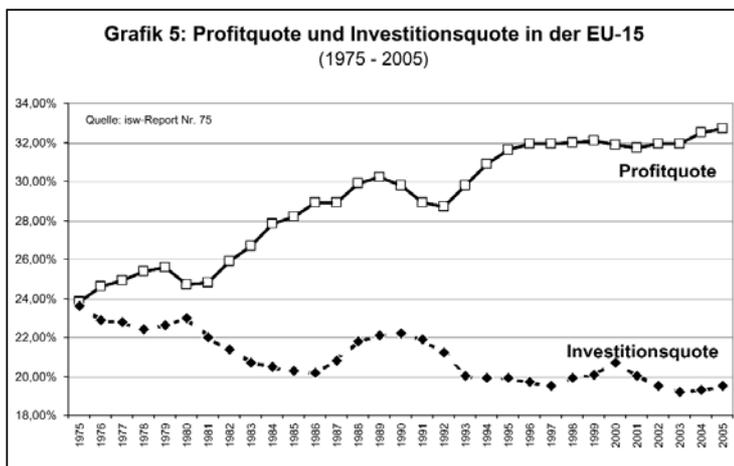
Verteilungsverhältnisse zwischen Kapital und Arbeit von 1995 konstant geblieben wäre. Das Ergebnis ist erstaunlich und offenbart den bestverhüllten Raub der jüngeren österreichischen Sozial-

und Wirtschaftsgeschichte. Über den Zeitraum dieser 15 Jahre akkumuliert entsprechen die Lohn- und Gehaltsverluste sage und schreibe 98,3 Milliarden Euro. Das ist mehr als ein Drittel des gesamten BIP von 2008, das den ArbeitnehmerInnen seit dem EU-Beitritt geraubt worden ist. Knapp 57,5 Milliarden davon sind Nettolöhne/-gehälter, also das, was den Menschen unmittelbar aus der Brieftasche gezogen wurde. 15,3 Milliarden sind entgangene Lohnsteuer des Staates (die z.T. über andere Steuern kompensiert wurden) und 25,6 Milliarden sind entgangene Einnahmen der Sozialversicherung, also des Kollektivlohnes der Unselbstständigen, um sich gegen die existenziellen Risiken von Krankheit, Unfall, Alter und Arbeitslosigkeit zu schützen. Es lässt sich leicht ausrechnen, dass sich all das Gezeter um die Unfinanzierbarkeit der Pensionen und des Gesundheitswesens erübrigen würde, wenn sich die Verteilung zwischen Kapital und Arbeit seit 1995 nicht zuungunsten der Letzteren verschoben hätte. Schauen wir uns das im Detail an: Derzeit wird den Krankenkassen von Finanzminister Pröll wegen eines Schuldenstandes von 1,2 Milliarden der Rotstift aufgezwungen. Aber durch die Umverteilung von Arbeit zu Kapital wurde der Krankenversicherung seit 1995 Geld in der Höhe von 5,2 Milliarden Euro geraubt, also mehr als das Vierfache! Oder ein anderes Beispiel: Die von den PensionistInnenverbänden geforderte Rentenerhöhung in der Höhe des so genannten Pensionistenpreisindex von 1,9% verursacht Mehrkosten von rund 200 Millionen. Das sei unfinanzierbar, warnen die Industriellenvereinigung und ihre Medienfreunde. Doch niemand schreibt, dass durch die Umverteilung von Arbeit zu Kapital seit 1995 den sozialen Pensionskassen 15,4 Milliarden vorenthalten wurden.

Profitquote steigt – Investitionsquote sinkt

Nun stellt sich die Frage: Sind durch diese enorme Umverteilung von Löhnen zu Gewinnen zumindest die Investitionen entsprechend angekurbelt worden, wie es die neoliberale Dogmatik prophezeit? Mitnichten! Der Anteil der Bruttoinvestitionen an der Wertschöpfung ist von 28,1% (1995) auf 25,4% (2008) zurückgefallen. Stellt man dasselbe Rechenexempel wie vorhin an, d.h. ermittelt man die Höhe der Investitionen, wenn die Investitionsquote von 1995 konstant geblieben wäre, so errechnet sich in diesem Zeitraum ein akkumulier-

ter Investitionsausfall zwischen 45 und 55 Milliarden Euro – je nachdem ob man sich auf die Brutto- oder Nettoinvestitionen. Zum Vergleich: Das von der Regierung geschnürte Konjunkturpaket beträgt – großzügig gerechnet – rund drei Milliarden Euro. Die öffentlichen Bruttoinvestitionen (Bahn, Schulen, Gemeindeinfrastrukturen, usw.) haben sich – gemessen am BIP – in diesem Zeitraum sogar halbiert, die öffentlichen Nettoinvestitionen sind mittlerweile sogar negativ geworden, was auf den zunehmenden Verschleiß öffentlicher Infrastrukturen hindeutet (z.B. Stilllegung/Nicht-Erneuerung von Bahnverbindungen, veraltete Schulen). Gerade die Vernachlässigung der sozialen und ökologischen Infrastruktur trifft die unteren Bevölkerungsgruppen besonders hart. Dieser negative Zusammenhang zwischen steigendem Gewinn- und sinkenden Investitionsanteilen lässt sich für den gesamten EU-Raum nachweisen (Grafik 5).



Wohin ist das Geld also gewandert? Einerseits in den Kapitalexpert: Die österreichischen Nettokapitalexporte haben in den letzten Jahren enorm zugenommen, alleine im Jahr 2008 betragen die Überschüsse des Kapitalexports über den Kapitalimport über zehn Milliarden Euro. Vielfach fällt darunter die Teilnahme österreichischer Unternehmen und Banken an der fieberhaften Privatisierung öffentlichen Eigentums in Osteuropa, die auch dort keinen Reichtum geschaffen, aber viele Menschen arbeitslos gemacht hat. Zum anderen explodierten die Gewinnausschüttungen an die Aktionäre. Die Neoliberalen haben versprochen: Die Gewinne von heute sind die Investitionen von morgen und die Arbeitsplätze von übermorgen. Tatsächlich hat es sich anders herum verhalten. Die wachsende Ungleichverteilung hat nicht nur die Massenkaukraft und die sozialen Kassen, sondern auch die realen Investi-

tionsströme ausgetrocknet, sodass zunehmend ein prekärer Wirtschaftskreislauf in Schwung gekommen ist: Luxuskonsum statt Absicherung der Grundbedürfnisse, Spekulation und Privatisierung statt Investitionen in Basisinfrastrukturen. Hier liegen die tieferen Ursachen für die schwere Wirtschaftskrise.

EU: Krisenursache wird als Therapie verordnet

Geht es nach EU-Kommission, Europäischer Zentralbank und Regierung, dann sollen die Lasten der Krise nun voll auf dem Rücken jener geladen werden, die schon durch die Entwicklung, die zur Krise geführt hat, enorm verloren haben: die ArbeitnehmerInnen und all jene, die maßgeblich auf den Sozialstaat angewiesen sind. So fordert die EZB von den Euro-Ländern einen „strikten Sparkurs“: „Da Steuern und Sozialabgaben in den meisten Euro-Ländern bereits hoch seien, müsse auf der Ausgabenseite gespart werden. Die

strukturellen Konsolidierungs-bemühungen werden den im Stabilitäts- und Wachstumspakt festgelegten Richtwert von 0,5% des Bruttoinlandsprodukts pro Jahr deutlich übersteigen

müssen.“⁴ Die EU-Kommission stellt vielen EU-Staaten, darunter Österreich, mit der Eröffnung von Defizitverfahren bereits die Rute ins Fenster. Wo gespart werden soll, zeigen die Vorstöße des österreichischen Finanzministers: im Gesundheitssystem, bei den PensionistInnen und nicht zu letzt bei den Gemeinden, die immer weniger Spielraum für öffentliche Investitionen in die Absicherung von Basisinfrastrukturen haben.

Weiteres soll die Krise genutzt werden, um Löhne und Arbeitsbedingungen weiter zu verschlechtern. Gertrude Tumpel-Gugerell, österreichisches Mitglied im EZB-Direktorium, fordert – angesichts von 400.000 Arbeitslosen! – „die Erhöhung von Arbeitsanreizen“, sprich die Verschlechterungen der Leistungen der Arbeitslosenversicherung, sowie „eine der individuellen Arbeitsproduktivität entsprechende Entlohnung“⁵ – eine vornehme Umschreibung für die weitere

Aufweichung von Kollektivverträgen und Arbeitszeitbestimmungen. Das EU-Establishment ist durch die Krise offensichtlich keineswegs in seinem Glauben an die neoliberale „Lissabon-Agenda“ abgerückt, im Gegenteil: Es sieht die wachsende Massenarbeitslosigkeit offensichtlich als Chance, diese Agenda beschleunigt durchzusetzen. Die Wirtschafts- und Sozialpolitik, die die Krise aufbereitet hat – Schwächung der unteren Einkommen, Aushungerung der öffentlichen Haushalte – wird uns nun als Therapie aus der Krise empfohlen.

Wenn wir aus dieser neoliberalen Sackgasse herauskommen wollen, müssen wir über den Tellerrand des EU-Regimes hinausschauen. Wir brauchen die Umverteilung von oben nach unten, die Stärkung der sozialen Kassen und des öffentlichen Eigentums. Statt Aktionärsportfolios aufzufetten, brauchen wir mehr, und zwar viel mehr Geld für Bildung, Gesundheit, öffentlichen Verkehr, ökologische Energiewende und die Bekämpfung der Armut. Das ist der Kern einer „solidarischen, ökologischen und demokratischen Wende“, wie sie auch die *Werkstatt für Frieden und Solidarität* in ihrem Aufruf vorgeschlagen hat. Den Kampf um die Durchsetzung einer solchen Wende müssen wir führen und – bei Strafe sozialer Verwüstungen – gewinnen.

Anmerkungen:

1/ Wo keine eigenen Quellenangaben gemacht werden, stammen die Zahlen von der Statistik Austria, www.statistik.at.

2/ Österreichische Gesellschaft für Politikberatung und -entwicklung, Wichtige Kennzahlen börsennotierter Unternehmen in Österreich 2004–2008, Oktober 2009.

3/ Privatisierungsbarometer, in: Rainer Rilling: Die Eigentumsfrage kehrt zurück, Rosa Luxemburg-Stiftung, 2007.

4/ Zit. nach *Tagesspiegel*, 10.9.2009.

5/ Bad Ischler Dialog, „Wege aus der Krise“, 5.10.2009.

Der vorliegende Text basiert auf dem Referat von Gerald Oberansmayr beim Symposium der Alfred Klahr Gesellschaft und des Bildungsvereins der KPÖ Steiermark zum Thema „1929 – 2009: Wirtschafts- und Finanzkrise – damals und heute“, das am 17. Oktober in Graz bzw. am 31. Oktober dieses Jahres in Wien stattgefunden hat.

Ein Protokollband mit sämtlichen Beiträgen der Konferenz ist in Vorbereitung und wird 2010 in der Reihe „Quellen & Studien“ der Alfred Klahr Gesellschaft erscheinen.